

Niederösterreich im 19. Jahrhundert



Band 1 Herrschaft und Wirtschaft Eine Regionalgeschichte sozialer Macht

Hrsg. Oliver Kühschelm
Elisabeth Loinig
Stefan Eminger
Willibald Rosner

Michael Pammer, Wachstum und Verteilung. In: Oliver Kühschelm, Elisabeth Loinig, Stefan Eminger u. Willibald Rosner (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 559–577; <http://doi.org/10.52035/noil.2021.19jh01.24>

Alle Beiträge vorliegender Publikation mit einem entsprechenden Vermerk haben ein externes Begutachtungsverfahren durchlaufen. Auskunft zum Peer-Review-Verfahren (double blind) unter doi.org/10.52035/noil.2021.19jh.dok.

Medieninhaber (Verleger und Herausgeber):

NÖ Institut für Landeskunde

3109 St. Pölten, Kulturbezirk 4

Verlagsleitung: Elisabeth Loinig

Land Niederösterreich

Gruppe Kultur, Wissenschaft und Unterricht

Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Landesbibliothek

NÖ Institut für Landeskunde

www.noel.gv.at/landeskunde

Redaktion und Lektorat: Heidemarie Bachhofer, Tobias E. Hämmerle

Korrektur und Register: Claudia Mazanek

Englisches Korrektur: John Heath

Bildredaktion: Heidemarie Bachhofer, Tobias E. Hämmerle

Bildbearbeitung: Wolfgang Kunerth

Layout: Martin Spiegelhofer

Umschlaggestaltung und Farbkonzept: Atelier Renate Stockreiter

Druck: Gugler GmbH



UW-Nr. 609

Umschlagabbildung: *Viaduct bei Spiess*, kolorierte Tonlithographie von Nicolas-Marie Joseph Chapuy, ca. 1855, Niederösterreichische Landesbibliothek, Topographische Sammlung, 6.985

Vorsatzblatt: Heinrich Wilhelm Blum von Kempfen, Natur und Kunst-Producten-Karte von Oesterreich unter der Enns (Wien 1794), Niederösterreichische Landesbibliothek, Kartensammlung, Cl 200
Nachsatzblatt: R. A. Schulz, Diöcesan-Karte von Nieder-Oesterreich, nach den kirchlichen Schematismen des Jahres 1865 (Wien 1866), Niederösterreichische Landesbibliothek, Kartensammlung, Al 10

© 2021 NÖ Institut für Landeskunde, St. Pölten

ISBN 978-3-903127-26-5 (Gesamtpublikation)

ISBN 978-3-903127-27-2 (Band 1)

ISBN 978-3-903127-28-9 (Band 2)

DOI: doi.org/10.52035/noil.2021.19jh01

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Rundfunk- oder Fernsehsendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten. Ein Jahr nach Veröffentlichung des gedruckten Buchs wird dieses Werk als Open-Access-Publikation zur Verfügung stehen. Alle Texte inklusive der Grafiken und Tabellen unterliegen der Creative-Commons-Lizenz BY International 4.0 („Namensnennung“), die unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/> einzusehen ist. Jede andere als die durch diese Lizenz gewährte Verwendung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Ausgenommen vom Anwendungsbereich dieser Lizenz sind Abbildungen. Die Inhaber*innen der Rechte sind in der Bildunterschrift genannt und diese Rechte werden auch in der elektronischen Veröffentlichung maßgeblich bleiben.



Wachstum und Verteilung

Abstract: Das Kapitel stellt Wachstum und Verteilung von Einkommen und Vermögen dar. Präzise Angaben über die Einkommen sind ab den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts möglich, Angaben über die Vermögen auch schon davor. Niederösterreich war im 19. Jahrhundert unter allen Kronländern das Land mit der höchsten Produktivität, dem frühesten sektoralen Wandel weg von der Landwirtschaft und den höchsten Vermögen. Es verkörpert den Typus einer Region, in der ab dem Beginn des modernen Wirtschaftswachstums die Einkommensverteilung nach und nach immer ungleicher wurde, die aber ab etwa der Jahrhundertwende die umgekehrte Tendenz aufwies. Der Hauptgrund dafür liegt in den unterschiedlichen Verteilungsstrukturen in der Landwirtschaft einerseits und den anderen Sektoren andererseits, weniger hingegen in veränderten Einkommensdifferenzen zwischen Branchen oder durch die berufliche Stellung definierten Gruppen. Das gleiche Muster (wachsende Ungleichheit bei weiter fortgeschrittener wirtschaftlicher Entwicklung) lässt sich auch im synchronen Vergleich verschiedener Regionen beobachten, die sich auf unterschiedlichem Entwicklungsstand befanden.

Income Growth and Distribution. This chapter describes economic growth and the distribution of income and wealth. Data on income are available from the last years of the 19th century onwards, whereas data on wealth are available for the entire century. Of all the Austrian lands, Lower Austria had the highest productivity, the earliest shift from agriculture to other sectors, and the largest wealth. It is a prime example of regions where the income distribution tends to widen from the beginnings of modern economic growth onwards. From the turn of the century on, however, the distribution tends to narrow again. The main reason for these changes lies in the differences in distribution structures between agriculture and the other sectors. Changes in income differentials between branches, or groups in the vertical order of branches, have less impact. The same pattern (growing inequality when a region is more developed) is also visible in synchronous comparisons between regions in different stages of economic development.

Keywords: subsistence, biological standard of living, productivity, wealth

Wachstum und Verteilung der Einkommen gehören zu den großen Themen der Wirtschaftsforschung und damit auch der Wirtschaftsgeschichte. Das Einkommen ist, für sich genommen und im Zusammenhang mit der Verteilung, ein wichtiger Faktor für die alltäglichen Lebensbedingungen und das Glück der gesamten Bevölkerung und jeder einzelnen Person.¹ Für den Zusammenhang zwischen Einkommenswachstum und Glück gibt es unterschiedliche Befunde, die zumindest teilweise darauf zurückzuführen sind, dass der Vorteil, den das Einkommenswachstum bringt, unter Umständen durch Nachteile in anderen Bereichen gemindert werden kann. Unter sonst gleichen Bedingungen aber dürfte Wirtschaftswachstum tatsächlich zu einer Zunahme des Glücks führen. Das macht auch verständlich, dass im internationalen Vergleich die Bevölkerung von Ländern mit hohem Einkommen tendenziell glücklicher als die Bevölkerung von Ländern mit niedrigem Einkommen ist. Noch klarer als das Wachstumsergebnis (also das absolute Einkommensniveau) wirkt sich die Verteilung auf das Glück aus. Das heißt, dass für das Glück von Menschen ihre relative Position in der Einkommensverteilung, also der Vergleich des eigenen Einkommens mit dem Einkommen anderer, eine große Rolle spielt. Wer verglichen mit anderen ein höheres Einkommen hat, ist demnach (unter sonst gleichen Bedingungen und auch unabhängig vom absoluten Einkommensniveau) glücklicher. Auch dieser Faktor macht verständlich, dass Länder mit hohen Einkommen, deren Bevölkerung sich in der Regel über ihre im globalen Maßstab privilegierte Stellung im Klaren ist, eine glücklichere Bevölkerung haben.

Selbstverständlich sind die absoluten Einkommen und die Einkommensverteilung nicht die einzigen für das Glück relevanten Faktoren. Ganz wesentlich für das Glück sind unter anderem Familienleben, Gesundheit, Lebenserwartung, Bildung, Umweltbedingungen und politische Rechte. Idealerweise würde man für die Schätzung der Wohlfahrtsentwicklung all diese Aspekte in ein Gesamtbild zusammenfassen und auf dieser Grundlage die Entwicklung vom späten 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg in Österreich beschreiben.

Aufgrund der schlechten Datenlage lässt sich diese Idealvorstellung nicht verwirklichen. Dies liegt nicht nur daran, dass es prinzipiell schwierig ist, die verschiedenen Aspekte in ein Gesamtmaß zusammenzufassen und zum Beispiel einen Zugewinn bei der Lebenserwartung mit einem Zugewinn beim Einkommen zu vergleichen. Für derartige Vergleiche müsste man die Präferenzen der Menschen in den verschiedenen Zeiträumen kennen, also die verhältnismäßige Wichtigkeit, die sie gesundheitlichen Verbesserungen, Einkommenszuwächsen, gewonnenen Lebensjahren, errungenen politischen Möglichkeiten und so weiter beimaßen. Diese Informationen sind jedoch nicht verfügbar.

1 Zum Folgenden John HELLIWELL, Richard LAYARD u. Jeffrey SACHS (Hrsg.), *World Happiness Report 2012*, online: <http://worldhappiness.report/ed/2012/> (18.1.2019); für die in den Folgejahren erschienenen *World Happiness Reports* vgl. <http://worldhappiness.report/> (18.1.2019).

Darüber hinaus sind schon die Informationen über die Veränderungen selbst (also nicht nur über ihre Bewertung durch die Menschen) höchst unvollständig. Dies gilt unter anderem für die Einkommen, für die erst in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg direkte Beobachtungen vorliegen, die aber immer noch unvollständig sind. Der Grund liegt in der späten Herausbildung von Institutionen, die Einkommensdaten erfassen, beispielsweise die 1888 gesetzlich eingerichtete Unfallversicherung von Beschäftigten in Fabriken, Bergbauunternehmen und Unternehmen des Baugewerbes.² Auch die Einkommensteuer erfasste nur einen Teil der Einkommen. Das gilt für die Einkommensteuer nach dem Gesetz von 1849 ebenso wie für die 1896 beschlossene und 1898 in Kraft getretene neue Personaleinkommensteuer. Immerhin bietet die letztere Steuer die Möglichkeit, auf Grundlage der verfügbaren Daten ein regional differenziertes Gesamtbild zu gewinnen. Angaben über Löhne findet man in manchen Branchen über größere Zeiträume, allerdings in der Regel als Zeit- oder Stücklohnsätze, ohne dass das Beschäftigungsausmaß (und damit Monats- oder Jahreseinkommen) ausreichend klar ist. Andere Aspekte wie der Konsum diverser Güter und die Verfügung über Dinge und ihre Benützung („materielle Kultur“), Spareinlagen und anderes stehen zwar sicher in einem Zusammenhang mit den Einkommen, dieser Zusammenhang ist aber in seiner Stärke keineswegs klar und auch zeitabhängig.³

Eine wesentliche Beschränkung der Quellen ergibt sich daraus, dass ein großer Teil der Wirtschaft Subsistenzwirtschaft war, das heißt, dass produzierte Güter oder Dienstleistungen vom Produzenten selbst konsumiert wurden. Typisch war die subsistenzwirtschaftliche Produktion für die Landwirtschaft. Ein normaler landwirtschaftlicher Betrieb des 19. Jahrhunderts erzeugte eine Vielzahl unterschiedlicher Produkte, die zu einem größeren Teil innerhalb des bäuerlichen Haushalts verbraucht wurden, was den geringen Grad regionaler Spezialisierung erklärt, der

2 Auf Basis dieser Quellen und sowohl für die Entwicklung der Löhne als auch für die Verteilung wichtig: Michael MESCH, *Arbeiterexistenz in der Spätgründerzeit – Gewerkschaften und Lohnentwicklung in Österreich 1890–1914* = Materialien zur Arbeiterbewegung 33 (Wien 1984).

3 Zum Konsum, besonders von Nahrung, Kleidung und Wohnen: Roman SANDGRUBER, *Die Anfänge der Konsumgesellschaft = Sozial- und wirtschaftshistorische Studien* 15 (Wien 1982); Konsumpräferenzen („Warenkorb“) sind Ausgangspunkt von Vera MÜHLPECK, Roman SANDGRUBER u. Hannelore WOTTEK, *Index der Verbraucherpreise 1800–1914. Eine Rückberechnung für Wien und den Gebietsstand des heutigen Österreich*. In: *Geschichte und Ergebnisse der zentralen amtlichen Statistik in Österreich 1829–1979* (Wien 1979) 649–688, Tabellenanhang 123–167; zum Wohnen u. a. Michael JOHN, *Wohnverhältnisse sozialer Unterschichten im Wien Kaiser Franz Josephs* = Materialien zur Arbeiterbewegung 32 (Wien 1984); andere Aspekte einschließlich Sparguthaben und die Beschäftigung städtischer Dienstboten, mit Bezug auf Niederösterreich, in: Oliver KÜSCHHELM, *Wohlstand im ausgehenden 19. Jahrhundert – die Stadt und das Land*. In: Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER u. Andreas WEIGL (Hrsg.), *Wien und Niederösterreich – eine untrennbare Beziehung? Festschrift für Willibald Rosner zum 65. Geburtstag* = Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 70 (St. Pölten 2017) 259–280.

sich aus den Produktionsstatistiken ergibt.⁴ Für die unselbständig Beschäftigten in der Landwirtschaft bildete dieser Eigenverbrauch auch einen großen Teil des Einkommens, und der monetäre Einkommensanteil war für diese Personen verhältnismäßig gering. Umgekehrt kann man damit rechnen, dass die bäuerliche Bevölkerung den eigenen Konsum zum großen Teil aus den im jeweiligen Betrieb erzeugten Gütern bestritt. In Niederösterreich ohne Wien gehörten 1910 immer noch 41 Prozent der Gesamtbevölkerung zur Landwirtschaft, unter Einrechnung der Personen mit einer Nebenbeschäftigung in der Landwirtschaft mindestens 43 Prozent; 1890 lag dieser Anteil noch über 50 Prozent.⁵ Dementsprechend gelangte ein großer Teil der landwirtschaftlichen Produktion nie auf den Markt. In den anderen Sektoren war der Anteil der Subsistenzwirtschaft wesentlich geringer, obwohl beispielsweise in der Bauwirtschaft oder im Transport dieser Aspekt nicht zu vernachlässigen ist.

Ein Ausweg, um dennoch zu einer Vorstellung vom gesamten Volkseinkommen und vom Wachstum zu kommen, besteht in der Schätzung der Produktion selbst. Auch hier ist die Situation insgesamt unbefriedigend. Eine nach Regionen, zum Beispiel Bezirken oder Produktionsgebieten, differenzierte Schätzung der landwirtschaftlichen Produktion ist seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts möglich. Sie beruht auf den amtlichen Statistiken, die in der Regel zwar nicht direkt abgemessene Produktionsmengen angeben (solche Angaben standen schon wegen des Eigenverbrauchs in den Betrieben nicht zur Verfügung), wohl aber eine ungefähre und akzeptable Schätzung. Wesentlich schwieriger sieht es in den anderen Sektoren aus. Für die gewerblich-industrielle Produktion existieren Datenreihen auf Basis von indirekten Angaben, die ein mehr oder weniger realistisches Bild ergeben mögen, aber regionale Unterschiede schlecht erkennen lassen. Für den Dienstleistungssektor, der auch im 19. Jahrhundert bereits eine beträchtliche Größe hatte, gibt es so gut wie keine brauchbaren Angaben über den Output. In den letzten Jahrzehnten

4 Vgl. Statistisches Jahrbuch des k. k. Ackerbau-Ministeriums für 1874–1913 (1875–1915).

5 Ergebnisse der Volkszählung und der mit derselben verbundenen Zählung der häuslichen Nutztiere vom 31. December 1880, Heft 3: Die Bevölkerung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder nach Beruf und Erwerb = Österreichische Statistik 1/3. Hrsg. k. k. Statistische Zentralkommission (Wien 1882); Die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. December 1890 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, Bd. 33: Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. December 1890 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, Heft 2: Niederösterreich = Österreichische Statistik 33/2. Hrsg. k. k. Statistische Zentralkommission (Wien 1894); Die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1900 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, Bd. 66: Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1900 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, Heft 2: Niederösterreich = Österreichische Statistik 65/2. Hrsg. k. k. Statistische Zentralkommission (Wien 1903); Die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, Bd. 3: Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in Österreich, Heft 2: Niederösterreich = Österreichische Statistik NF 3/2. Hrsg. k. k. Statistische Zentralkommission (Wien 1914).

vor dem Ersten Weltkrieg kann der Input an Arbeitskräften auf der Grundlage der amtlichen Berufsstatistik geschätzt werden, was indessen keine gute Basis für eine Produktionsschätzung ergibt.⁶

Der biologische Lebensstandard

Mit dem Einkommen lose verbunden war ein anderer Aspekt des Lebensstandards, nämlich der biologische Lebensstandard.⁷ Gemeint ist damit das physische Wohlergehen, nicht nur hinsichtlich Gesundheit, Krankheit und Lebenserwartung, sondern insbesondere auch hinsichtlich der Ernährung. Es besteht zwar meistens ein positiver Zusammenhang zwischen Einkommen und biologischem Lebensstandard in dem Sinn, dass höhere Einkommen oft mit besserer Ernährung und besserem Gesundheitszustand einhergehen, doch gibt es immer wieder auch andere Konstellationen. Beispielsweise mochten in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung nachteilige Arbeits- und Umweltbedingungen dazu führen, dass Industriearbeiter zwar höhere Löhne hatten, aber in einem schlechteren Gesundheitszustand als landwirtschaftliche Arbeiter waren.

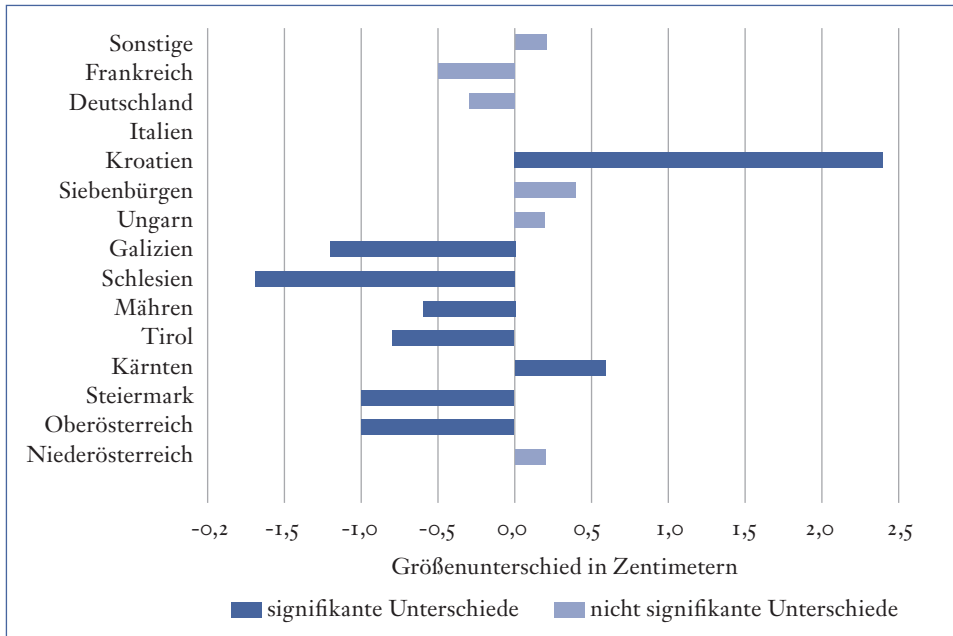
Ein wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang ist auch das Bevölkerungswachstum, das ab dem zweiten Viertel des 18. Jahrhunderts stärker als davor war.⁸ Dieses Bevölkerungswachstum erforderte ein entsprechendes Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion und der Wirtschaft insgesamt, das aus der Sicht des 18. Jahrhunderts noch keineswegs gesichert war. Die Produktivität der Landwirtschaft nahm im 18. Jahrhundert zwar zu, doch dürfte diese Zunahme zunächst hinter der Zunahme der Bevölkerungszahl zurückgeblieben sein. Ein Indikator dafür ist die Veränderung in der durchschnittlichen Körpergröße. Die Körpergröße von Erwachsenen hängt zu einem beträchtlichen Teil von der Art und Menge der Ernährung während der Wachstumsphasen im Kindheits- und Jugendalter ab. Veränderungen der durchschnittlichen Körpergröße im Laufe der Zeit lassen daher Rückschlüsse auf die Ernährung in den jeweils relevanten Zeiträumen zu, da in kurzen Zeiträumen keine wesentlichen genetischen Veränderungen anzunehmen sind. Im Fall Niederösterreichs ergibt sich ähnlich wie in anderen Ländern, dass Personen, die zwischen den sechziger Jahren des 18. und der Mitte des 19. Jahrhunderts geboren wurden, eine geringere Körpergröße erreichten als Personen, die

6 Zum Input zum Beispiel Peter EIGNER, Arbeit(en) im Dienstleistungssektor in Cisleithanien. In: Helmut RUMPLER u. Peter URBANITSCH (Hrsg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 9: Soziale Strukturen, Teilbd. 1: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft (Wien 2012) 423–466.

7 Für Österreich John KOMLOS, *Nutrition and Economic Development in the Eighteenth-Century Habsburg Monarchy. An Anthropometric History* (Princeton 1989).

8 Vgl. den Beitrag von Andreas Weigl in Band 2.

Grafik 1: Unterschiede in den Körpergrößen um 1800, nach Geburtsregion



Die Stichprobe besteht aus Burschen der Geburtsjahrgänge 1760–1815. Angegeben sind die Größenunterschiede im Vergleich zu Böhmen. Die Auswirkungen von Geburtsjahrzehnt und Alter (in der Rechnung berücksichtigt) sind hier nicht wiedergegeben.

Quelle: John KOMLOS, *Nutrition and Economic Development in the Eighteenth-Century Habsburg Monarchy. An Anthropometric History* (Princeton 1989) Tab. B.15.

in den fünfziger und (vor allem) vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts geboren wurden. Der Tiefpunkt lag im Allgemeinen in den beiden Jahrzehnten um 1800.⁹ Es dürfte also die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf im Laufe des 18. Jahrhunderts zurückgegangen sein und sich erst im 19. Jahrhundert nach und nach auf das frühere Niveau entwickelt haben. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Ernährung zweifellos besser als jemals zuvor. Niederösterreich war bei dieser Entwicklung eher ein begünstigtes Gebiet. Wenn man unterstellt, dass auch regionale (und nicht nur zeitliche) Unterschiede in der durchschnittlichen Körpergröße auf die Ernährung zurückzuführen sind, waren die Bedingungen in Niederösterreich schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts besser als in einer Reihe anderer Länder und gleich gut wie in Böhmen und Ungarn (ihrerseits eher begünstigte Länder); besser waren die Bedingungen nur in Kärnten und Kroatien (siehe Grafik 1). Der Grund dafür dürfte nicht nur in der verhältnismäßig hohen Produktivität der

9 Roman SANDGRUBER, *Österreichische Agrarstatistik 1750–1918 = Materialien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 2* (Wien 1978) Tab. 19, 21; KOMLOS, *Nutrition*, Tab. B.15.

niederösterreichischen Landwirtschaft liegen, sondern auch in der wirtschaftlichen Integration, die den Handel mit Nahrungsmitteln erleichterte und damit die Bedingungen für die Entwicklung des gewerblich-industriellen Sektors in Niederösterreich verbesserte.

Die Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts macht begreiflich, dass die Zeitgenossen Nahrungsmittelmangel bis hin zur Hungersnot sehr wohl noch als wirkliche Bedrohung empfanden. Naturkatastrophen oder Klimaschwankungen konnten zu existenzbedrohenden Ernteaussfällen führen, besonders wenn sie sich großräumig auswirkten und Probleme nicht leicht durch Nahrungsmittelimporte gelöst werden konnten. Spürbar wurde dies im Jahr 1816, als die Abkühlung aufgrund des Ausbruchs des Tambora in Indonesien zu großen Ernteaussfällen in Europa führte. Auch in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts minderten kühle, nasse Jahre die Erträge. Diese Krisen führten zwar nicht dazu, dass die Menschen im buchstäblichen Sinn verhungerten, wohl aber dämpften sie die Geburtenzahlen und begünstigten die Verbreitung von Krankheiten. In Niederösterreich sanken in den Jahren ab 1845 die Geburtenraten. Der dahinterstehende Mechanismus war nicht in erster Linie biologischer Art, also dass etwa durch Aushungerung die Fortpflanzungsfähigkeit vermindert worden wäre, sondern war ein wirtschaftlicher und sozialer Vorgang, vor allem die Entscheidung, in einer Krisenzeit Eheschließungen und Geburten hinauszuschieben, bis die wirtschaftliche Situation sich verbessert haben würde. Schwankungen in den Geburtenraten sind daher in jenen Zeiträumen, in denen keine Einkommensdaten verfügbar sind, ein guter Indikator für die konjunkturelle Situation.

Geht man nach diesem Indikator, gehörten die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts zu den schwersten Krisenperioden. Krisenhafte Episoden gab es auch Mitte der fünfziger und Mitte der sechziger Jahre. Ab 1867 stellt sich die Situation für zehn Jahre als überaus günstig dar. Erst 1877 begann wieder eine bis in die erste Hälfte der neunziger Jahre gehende schwächere Entwicklung, während die zweite Gründerzeit in den Jahren von 1892 bis 1902 erneut ein recht positives Bild zeigt.

Das Einkommenswachstum

Trotz dieser Schwankungen und der zeitweise weniger guten Bedingungen war im Vormärz bereits klar, dass man auch ein anhaltendes Bevölkerungswachstum wohl verkraften und keine malthusianische Katastrophe erleben würde. Vom Vormärz an lässt sich auch grob abschätzen, in welchem Tempo die Einkommen zunahmen. Sicher ist, dass die Gesamtwirtschaft in Österreich von 1830 bis zum Ersten Weltkrieg langsam, aber kontinuierlich wuchs, und zwar real im Ausmaß von durchschnittlich

vielleicht zwei Prozent pro Jahr, von 1870 an vielleicht eher gegen 2,5 Prozent.¹⁰ Dieses Wachstum war ein anhaltendes Wachstum in dem Sinn, dass in den wenigen Jahren, in denen die Wirtschaft schrumpfte, dieser Rückgang bereits im nächsten oder übernächsten Jahr mehr als kompensiert wurde. Da die Bevölkerungszahl in dieser Zeit zunahm, wuchs das reale Einkommen pro Kopf selbstverständlich langsamer als die Gesamtwirtschaft, nämlich mit durchschnittlich wahrscheinlich unter 1,5 Prozent pro Jahr. Ein Rückgang der Einkommen pro Kopf in einem Jahr passierte erwartungsgemäß häufiger als ein Rückgang der gesamten Wirtschaftsleistung, er dürfte aber, ausgenommen 1873, kaum je über zwei Prozent betragen haben (1873 leitete ein Börsenkrach zu einer Phase schwächerer Entwicklung über). Auch die Rückgänge der Pro-Kopf-Einkommen wurden jeweils nach spätestens zwei Jahren mehr als kompensiert. Diese Angaben beruhen auf Schätzungen verschiedener Studien, die für einen Teil der Wirtschaft eine direkte (wenn auch pauschale) Schätzung der Produktion beinhalten, für andere Teile nur indirekte Schätzungen über Hilfsgrößen.

Wesentlich an diesen vagen Angaben ist das Ergebnis, dass die Wirtschaft im 19. Jahrhundert langsam gewachsen ist, das Entwicklungstempo also weitaus geringer war als etwa in der Wirtschaftswunderzeit nach dem Zweiten Weltkrieg oder in Ostasien in den letzten Jahrzehnten. Eher ähnelt das Entwicklungstempo des 19. Jahrhunderts den Wachstumsraten in Österreich im ausgehenden 20. Jahrhundert.¹¹ Ein ähnliches Ergebnis bringt die Schätzung der Vermögensentwicklung. Die Pro-Kopf-Vermögen im heutigen Österreich wuchsen im Durchschnitt real um nicht mehr als 1,5 Prozent jährlich.¹² Wenngleich die Wachstumsrate der Vermögen nicht einfach mit jener der Einkommen gleichzusetzen ist, lassen sich doch daraus gewisse Rückschlüsse ziehen. So ist zu vermuten, dass das Einkommenswachstum eher unter dem Vermögenswachstum als darüber lag, weil höhere Realeinkommen in der Regel mit einer höheren Sparquote einhergehen und daher ein reales Einkommenswachstum zu einem überproportionalen Vermögenswachstum führt. Ein durchschnittliches Einkommenswachstum pro Kopf von real unter 1,5 Prozent im Jahr ist somit für Österreich im 19. Jahrhundert die plausibelste Annahme.

10 Felix BUTSCHK, Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart (Wien, Köln, Weimar 2011) 565–568; Anton KAUSEL, Österreichs Volkseinkommen 1830 bis 1913. Versuch einer Rückrechnung des realen Brutto-Inlandsproduktes für die österreichische Reichshälfte und das Gebiet der Republik Österreich. In: Geschichte und Ergebnisse der zentralen amtlichen Statistik in Österreich 1829–1979 (Wien 1979) 689–720; Max-Stephan SCHULZE, Patterns of Growth and Stagnation in the late Nineteenth Century Habsburg Economy. In: European Review of Economic History 4 (2000) 311–340.

11 BUTSCHK, Wirtschaftsgeschichte, 565–568.

12 Zum Folgenden vgl. Michael PAMMER, Entwicklung und Ungleichheit. Österreich im 19. Jahrhundert = Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 161 (Stuttgart 2002) 197. Die Untersuchung beinhaltet nur Sachvermögen, nicht aber das Humankapital.

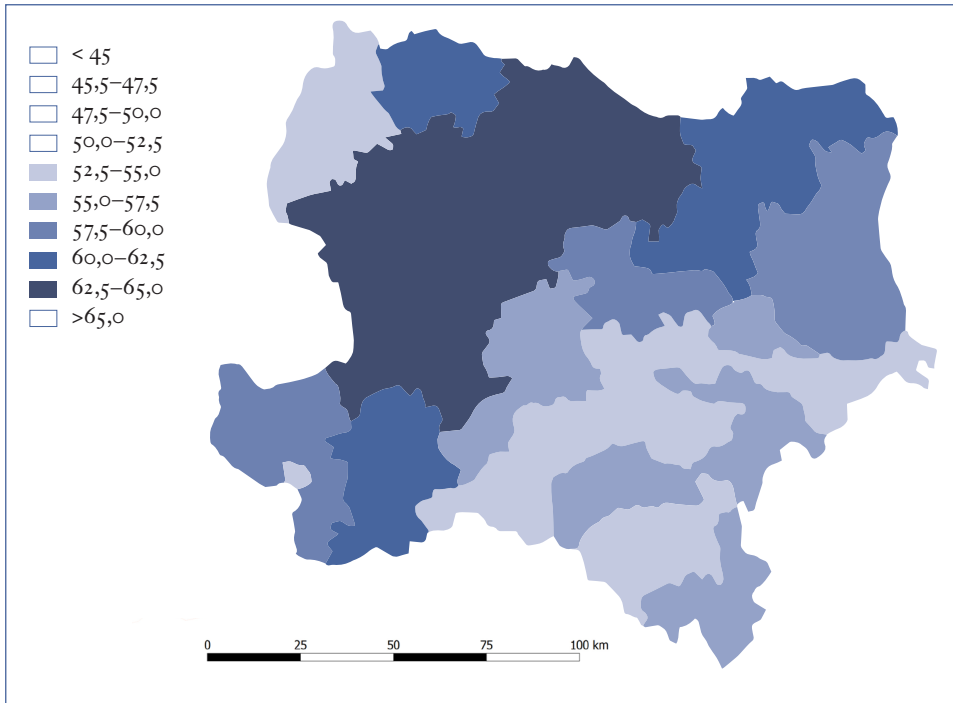
Die Steigerung der Einkommen pro Kopf beruhte auf einer Zunahme der Arbeitsproduktivität, die umso höher einzuschätzen ist, als in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg die Erwerbsquote und die Arbeitszeit tendenziell abnahmen. In Niederösterreich ohne Wien lag die Erwerbsquote (der Anteil der Berufstätigen an der Gesamtbevölkerung) im Jahr 1910 bei 51 Prozent (siehe Grafik 2). 1900 ergeben sich 50 Prozent, 1890 54 Prozent, 1880 52 Prozent.¹³ Diese Schwankungen kommen teilweise durch Zählfehler in der amtlichen Statistik zustande: Verglichen mit 1890 und 1910 wurden bei der Zählung 1900 und insbesondere 1880 zu viele Personen als berufslose Angehörige (statt als mithelfende berufstätige Angehörige) eingestuft; besonders groß ist der Fehler bei den Frauen 1880.¹⁴ Es muss daher die Erwerbsquote 1900 und 1880 nach oben korrigiert werden. Für 1869 ergibt sich eine Erwerbsquote von 60 Prozent, was wohl eher an der Obergrenze liegt, aber zumindest vermuten lässt, dass die Erwerbsquote höher als in der späteren Zeit war. Am höchsten waren die Erwerbsquoten in einem Gebiet von Melk über den größeren Teil des Waldviertels (ausgenommen vor allem Gmünd) und im Bezirk Oberhollabrunn, verhältnismäßig hoch auch in den angrenzenden Bezirken (Mistelbach, Korneuburg, Scheibbs). Niedrig waren die Erwerbsquoten im Industrieviertel (besonders in den Bezirken Bruck, Baden und Neunkirchen) und in den angrenzenden Bezirken St. Pölten und besonders Lilienfeld. Der Grund lag in der unterschiedlichen sektoralen Struktur: In der Landwirtschaft war die Erwerbsquote in allen Regionen besonders hoch und änderte sich im Zeitablauf nur geringfügig. Im sekundären Sektor war sie niedriger, mit sinkender Tendenz. Der regionale und der zeitliche Vergleich sind also stark davon geprägt, welchen Anteil die Landwirtschaft an der Bevölkerung hatte und wie sich dieser Anteil veränderte.

Dass die Landwirtschaft überhaupt eine so hohe Erwerbsquote hatte, liegt daran, dass in einem bäuerlichen Haushalt in der Regel die meisten nicht mehr schulpflichtigen Personen als berufstätig gezählt wurden, weil es keine klare Trennung von privater und beruflicher Sphäre gab. In den meisten Fällen kann auch wirklich eine volle Berufstätigkeit angenommen werden, mit einer Arbeitszeit, die nicht kürzer als im gewerblich-industriellen Sektor war. Diese Einstufung als voll berufstätig, kombiniert mit einem geringen Kapitaleinsatz, ergibt für die Landwirtschaft eine relativ geringe Arbeitsproduktivität. Allerdings nahm die Arbeitsproduktivität auch in der Landwirtschaft im Zeitablauf zu, sodass trotz einer sinkenden (auch absoluten) Zahl von Arbeitskräften die Landwirtschaft ihre Produktion beträchtlich steigern konnte. Die Industrie produzierte zwar nicht durchwegs kapitalintensiv, in

13 Als nicht berufstätig gelten hier außer den ausdrücklich als „berufslos“ bezeichneten Personen auch Rentenbezieher, Anstaltsinsassen und Personen in Ausbildung.

14 Dies ergibt sich aus den von Zählung zu Zählung wechselnden Verhältnissen zwischen Berufstätigen und Angehörigen und aus dem Vergleich der Verhältnisse für Männer und Frauen. Vgl. die Ergebnisse der Volkszählungen 1880–1910; Michael PAMMER, Die Sozialstrukturen im Spiegel der Sozialstatistik. In: RUMPLER u. URBANITSCH, Habsburgermonarchie 9/1, 1555–1583.

Grafik 2: Erwerbsquoten 1910 nach Bezirken



Quelle: Die Ergebnisse der Volkszählung [...] in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern (Wien 1880–1910).

einigen wichtigen Branchen (Metallindustrie, Maschinenbau) aber sehr wohl, mit entsprechenden Folgen für die Arbeitsproduktivität. Gleiches gilt für Verkehr und Transport, wo mit den Eisenbahnen ein ungeheuer kapitalintensives Transportsystem entstand, das eine enorme Produktivitätssteigerung der gesamten Wirtschaft brachte. Beim Handel und bei den sonstigen Dienstleistungen war die Steigerung der Arbeitsproduktivität zweifellos geringer als in der Industrie.

Für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg erlauben die Daten der 1898 eingeführten Personaleinkommensteuer eine Schätzung der Einkommen auch auf der Ebene von Bezirken.¹⁵ Für diese Steuer waren sämtliche Einkommen zu

15 Reichsgesetzblatt (RGBl.) 220/1896, §§ 153–238; Friedrich LEITER, Die Verteilung des Einkommens in Österreich. Im Gesamtstaate und in den einzelnen Ländern nach Einkommensquellen und Einkommensstufen unter Berücksichtigung von Beruf und Geschlecht und der Stellung im Berufe. Nach den Ergebnissen der Personaleinkommensteuer in den Jahren 1889 bis 1904 (Wien, Leipzig 1907); Hannes STEKL, Reichtum und Wohlstand in der späten Habsburgermonarchie. In: Ernst BRUCKMÜLLER (Hrsg.), Armut und Reichtum in der Geschichte Österreichs (Köln, Wien 2012) 113–140; Mitteilungen des k. k. Finanzministeriums 18 (1912).

versteuern, einschließlich des Mietwerts der selbst bewohnten eigenen Wohnung und des Werts von selbst erzeugten und selbst verbrauchten Produkten (diverse Posten wie Steuern, Zinszahlungen oder Pflichtversicherungen waren abzugsfähig). Die Bemessungsgrundlage gibt damit trotz aller Erhebungsmängel prinzipiell ein Bild des Wohlstands auch abseits des Marktkonsums, ein wichtiger Punkt in einer Wirtschaft, in der noch ein beträchtlicher Teil der Produktion in den Eigenverbrauch ging.

Die Steuer war progressiv, mit Dutzenden Steuerstufen, und begann mit einem Steuersatz von unter einem Prozent. Der höchste Grenzsteuersatz war fünf Prozent ab einem Jahreseinkommen von 96.000 Kronen. Obwohl die untere Grenze der Besteuerung mit 1.200 Kronen nicht sonderlich hoch war, war doch nur ein Bruchteil der Bevölkerung steuerpflichtig. Die Steuerpflicht setzte erst bei einem Einkommen von mindestens 1.200 Kronen ein, ab einem gewissen Ausmaß an Unterhaltsleistungen des Steuerpflichtigen wurden Freibeträge abgezogen. Ab drei Kindern (aber nur bis zu einem Einkommen von 4.000 Kronen) wurden für jedes Kind fünf Prozent von der Bemessungsgrundlage abgezogen. Jedenfalls wurde der Steuerpflichtige in diesen Fällen um mindestens eine Stufe niedriger eingestuft. Die zugrundeliegenden Daten, die Auskunft über die versteuerten Einkommen nach Größenklassen, über Einkommensquellen und so weiter geben, sind auch regional gegliedert.

Versteuert wurden Haushaltseinkommen. Man rechnete also zum Einkommen des „Haushaltsvorstands“ auch die Einkommen der im Haushalt lebenden Verwandten in gerader Linie und des Ehepartners dazu. Es wurden allerdings für jeden dieser Einkommensbezieher wieder 500 Kronen (aber maximal das hinzugerechnete Einkommen) in Abzug gebracht. Aus diesen Abzügen lässt sich erkennen, dass die Einkommen anderer Familienmitglieder keine sonderliche Bedeutung hatten. So wurden 1911 in Niederösterreich (ohne Wien) von den Bruttoeinkommen nur 0,6 Prozent aus diesem Titel in Abzug gebracht. Das Ergebnis ist das gleiche, als hätte in jedem zehnten steuerpflichtigen Haushalt eine Person ein zusätzliches Einkommen von mindestens 500 Kronen erzielt (tatsächlich mochten es mehr Fälle mit entsprechend geringeren Einkommen sein). In einzelnen Bezirken ist dieser Anteil aber weit höher: 13 Prozent in Mödling, 14 Prozent in Gmünd, 19 Prozent in Neunkirchen, fast 30 Prozent in Baden, über 40 Prozent in Bruck an der Leitha. Der Grund liegt in der regional unterschiedlichen Quote der Landwirtschaft und damit der Subsistenz Einkommen: In der Landwirtschaft bestand offenbar die Tendenz, das gesamte Einkommen dem „Haushaltsvorstand“ zuzurechnen, da die anderen Familienmitglieder hauptsächlich ein Subsistenz Einkommen bezogen. Im sekundären und tertiären Sektor, wo die Einkommen überwiegend Markteinkommen waren, konnte man eindeutig unterscheiden, welche Familienmitglieder welches Einkommen bezogen.

Die Unterschiede innerhalb Niederösterreichs waren beträchtlich. Eine erste Information über die Einkommen in einer Region ergibt sich daraus, welcher

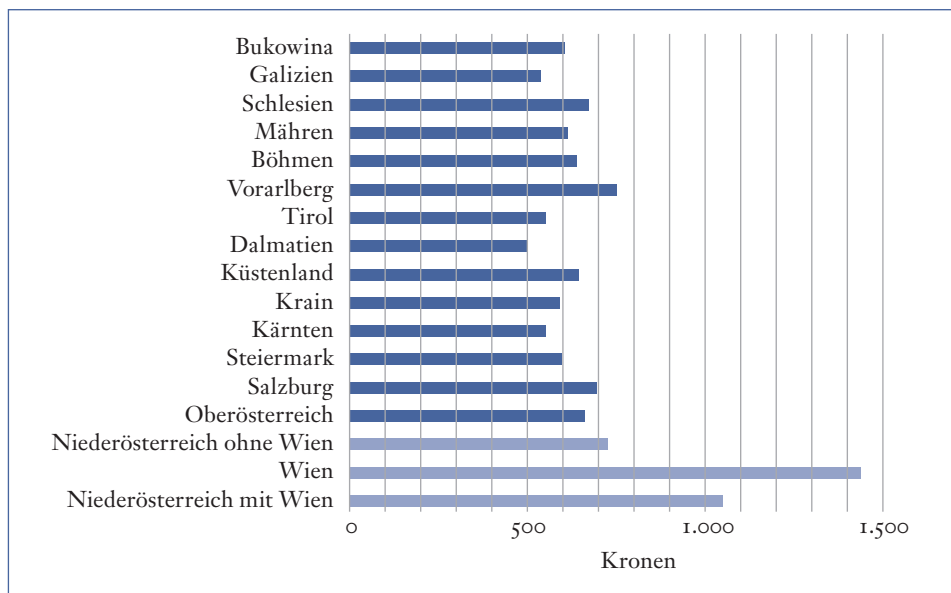
Anteil der Bevölkerung in einem Haushalt lebte, der nach Berücksichtigung aller Abzugsposten mindestens 1.200 Kronen Einkommen hatte. Diese Quote erhöhte sich, geht man nach der Einkommensteuerstatistik, in allen Ländern und Regionen kontinuierlich. Tatsächlich dürfte ein Teil des ausgewiesenen Anstiegs auf eine mit der Zeit bessere Erfassung der Einkommen durch die Finanzbehörden zurückgehen und nicht auf einen wirklichen Zuwachs; man kann daher die Daten der letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg als verlässlicher ansehen. Wie hoch bei den ausgewiesenen Zahlen der Erfassungsgrad der wirklichen Einkommen war, lässt sich nur grob abschätzen. Offenkundig gab es Fälle von Steuerverheimlichung (Nichtabgabe einer eigentlich verpflichtenden Steuererklärung), und sicherlich gab es auch Steuerhinterziehung (unrichtige Angaben, um sich der Steuerleistung zu entziehen). Im Fall Niederösterreichs einschließlich Wiens wuchs die Quote der zur Steuer veranlagten Bevölkerung (Steuerpflichtige und ihre Angehörigen) von 20 Prozent im Jahr 1898 auf 38 Prozent 1911. Ohne Wien betrug die Quote 1911 immer noch 25 Prozent und war damit höher als in irgendeinem anderen Kronland.¹⁶ Hoch waren die Quoten in allen an Wien angrenzenden Gebieten, in den städtischen Gebieten und im gesamten Industrieviertel, unterdurchschnittlich bis gering im gesamten Waldviertel und in den Bezirken Scheibbs und Oberhollabrunn.

Der Grund für den niedrigen Anteil einkommensteuerpflichtiger Personen in den landwirtschaftlich geprägten Bezirken liegt zum Teil in einem wirklich niedrigeren Einkommen dieser Gebiete, zum Teil aber auch daran, dass der Anteil nicht deklarerter Einkommen in der Landwirtschaft höher war. In der Landwirtschaft bildete der Verbrauch selbst erzeugter Produkte einen beträchtlichen Teil des Konsums. Die selbst verbrauchten Produkte mussten zwar, wie erwähnt, ebenfalls versteuert werden, doch war es in Wirklichkeit leicht, den Einkommenswert des Eigenverbrauchs besonders niedrig anzusetzen, da eine Kontrolle sehr schwer gewesen wäre. Darüber hinaus konnte der Marktwert der selbst verbrauchten Sachen von vornherein nur grob geschätzt werden, da bäuerliche Haushalte über den Verbrauch der einzelnen Haushaltsmitglieder kaum genau Buch geführt, geschweige denn eine exakte Bewertung dieser Güter vorgenommen hätten. Die Einkommensteuerdaten unterschätzen also wohl die wirklichen Einkommen in der Landwirtschaft. Dennoch waren die Einkommen insbesondere im sekundären und wohl auch im tertiären Sektor höher.

Innerhalb der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder nahm Niederösterreich mit Wien also im Pro-Kopf-Einkommen eine Spitzenstellung ein, und selbst ohne Wien wurde es nur von Vorarlberg übertroffen (siehe Grafik 3). Das Medianeinkommen, also das Einkommen, das mindestens die Hälfte der Bevölkerung erreichte, war im gesamten Industrieviertel, in den angrenzenden

16 Für die ersten Jahre der Personaleinkommensteuer LEITER, Verteilung des Einkommens, 27–29, 36–37, 47.

Grafik 3: Medianeinkommen nach Kronländern 1911

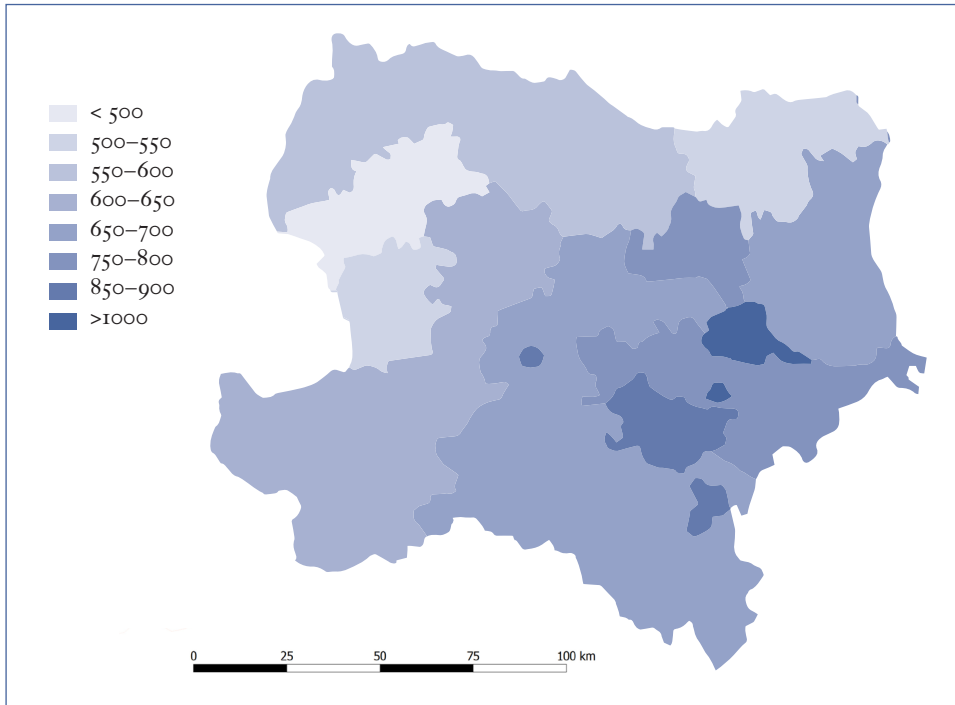


Angegeben ist das Medianeinkommen 1911, also das Einkommen, das die Hälfte der Bevölkerung des jeweiligen Landes erreichte oder überschritt.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Mitteilungen des k. k. Finanzministeriums 18 (1912).

Bezirken des Mostviertels und im südlichen Weinviertel hoch bis sehr hoch und selbst im restlichen Mostviertel und im Bezirk Krems überdurchschnittlich. Niedrig waren die Einkommen nur in den Bezirken Zwettl und Pöggstall. Auf die Bezirke mit überdurchschnittlichen bis sehr hohen Einkommen entfiel somit der weitaus größte Teil der niederösterreichischen Bevölkerung (siehe Grafik 4). In anderen Kronländern, in denen es Gebiete mit hohen Einkommen gab, etwa in Böhmen (die nord- und nordwestböhmisches Sudeten bis Eger, die Prager Region und Pilsen), Schlesien (Freistadt [*Fryštát*, Frysztat], Bielitz [*Bílsko*, Bielsko], Troppau, Jägerndorf) oder dem Küstenland (Triest), bestanden daneben auch größere Gebiete mit geringen Einkommen (fast ganz Südböhmen und das Gebiet zwischen Prag und dem Sudetengebiet, das westliche Schlesien, das ländliche Görz). Im Fall Niederösterreichs gehen die hohen Einkommen zu einem erheblichen Teil auf die entwickelte Industrie zurück, verstärkend wirkte sich die hohe Produktivität der Landwirtschaft aus. Dies war die Situation kurz vor dem Ersten Weltkrieg. Geht man zeitlich zurück, kann man trotz des Mangels an verlässlichen Daten annehmen, dass der Abstand zwischen Niederösterreich und den anderen Ländern vermutlich noch größer war, da die industrielle Entwicklung in Niederösterreich verhältnismäßig früh

Grafik 4: Medianeinkommen 1911 in Kronen nach Bezirken



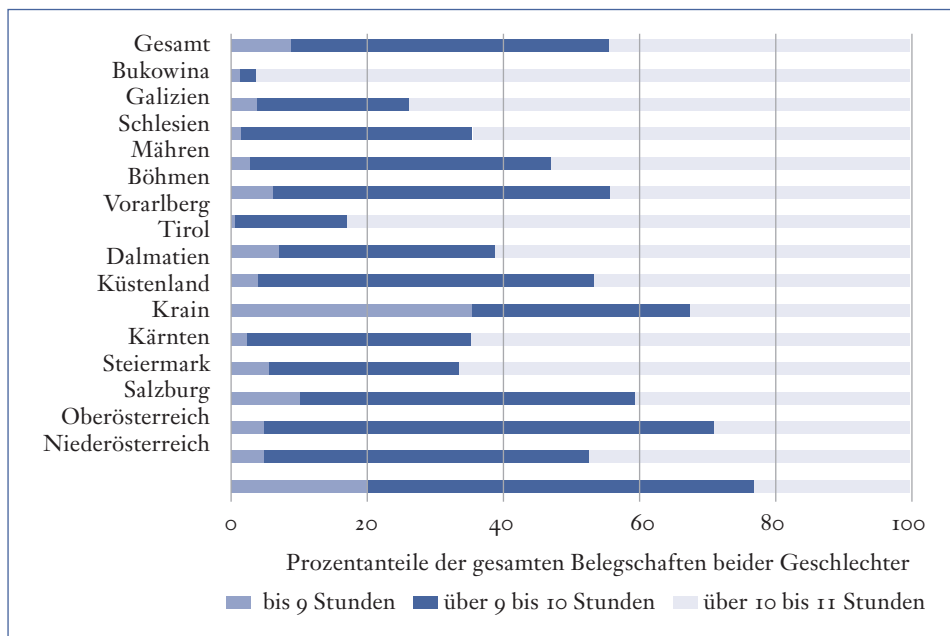
Quelle: Eigene Berechnungen nach Mitteilungen des k. k. Finanzministeriums 18 (1912).

einsetzte und Niederösterreich auch in der landwirtschaftlichen Produktivität eine Spitzenposition einnahm.

Es ist zu betonen, dass man dieses Wachstum in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg vor allem durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität erreichte, nicht durch eine Verlängerung der Arbeitszeit. Die Gewerbeordnung 1859 hatte mit Ausnahme von Bestimmungen für Jugendliche unter 16 Jahren (§ 87) die Arbeitszeit nicht beschränkt, die Gewerbeordnungsnovelle 1885 beschränkte die Arbeitszeit in fabrikmäßig betriebenen Unternehmen prinzipiell auf elf Stunden täglich, in besonderen Fällen auf zwölf Stunden, und die Arbeitszeit von Jugendlichen wurde gegenüber 1859 verkürzt (§ 96 a).¹⁷ Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wurde aber, wie sich aus einer Erhebung im Jahr 1907 ergibt, in vielen Fällen gar nicht ausgeschöpft, und im Vergleich der Kronländer am kürzesten war die Arbeitszeit in Niederösterreich unter Einschluss von Wien; nur Triest (kein Kronland, sondern ein im

¹⁷ RGrBl. 227/1859; RGrBl. 22/1885.

Grafik 5: Die Arbeitszeit in Fabrikbetrieben 1907, nach Kronländern



Einbezogen sind nur fabrikmäßige Unternehmen der gewerblichen Güterproduktion. Angegeben ist der Prozentsatz an allen Personen, der auf die jeweilige Kategorie von Arbeitsdauer entfällt.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Arbeitszeit in den Fabrikbetrieben Österreichs, dargestellt vom k. k. Arbeitsstatistischen Amte im Handelsministerium (Wien 1907).

wesentlichen städtischer Handelskammerbezirk) hatte noch kürzere Arbeitszeiten (siehe Grafik 5).¹⁸ Diese beiden Gebiete heben sich vom Rest der Reichsratsländer dadurch ab, dass sie hohe Einkommen bei kurzen Arbeitszeiten erreichten. Im Vergleich der sonstigen Länder oder Handelskammerbezirke gibt es 1907 keinen regelmäßigen Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Einkommen; dass die Arbeitszeit gegenüber den vorangegangenen Jahrzehnten kürzer geworden war, kann man aber als gesichert annehmen.

Wenngleich die Reichsratsländer insgesamt im europäischen Einkommensvergleich sowohl im Realeinkommen als auch in den Wachstumsraten nur eine mittlere Position einnahmen, hinter einer Reihe westeuropäischer Länder, aber klar vor Ungarn und anderen ost- und südeuropäischen Ländern, gehörte Niederösterreich auch im europäischen Vergleich eher zu den einkommensstärkeren Regionen.

¹⁸ Die Arbeitszeit in den Fabrikbetrieben Österreichs, dargestellt vom k. k. Arbeitsstatistischen Amte im Handelsministerium (Wien 1907) Tab. 1.

Besonders gilt dies selbstverständlich, wenn man auch Wien in den Vergleich einbezieht.

Die Einkommensverteilung

Noch weniger klar als das Wachstum der Einkommen ist die Einkommensverteilung. Dies liegt daran, dass das Einkommenswachstum meist auf Basis der gesamten Produktion in einzelnen Sektoren und Branchen und auf Basis von wirklich oder vermeintlich damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Größen geschätzt wird. Die Verteilung der Einkommen kann hingegen wirklich nur auf der Grundlage des Einkommensbezugs der einzelnen Personen geschätzt werden.¹⁹

Die Ungleichheit in den Einkommen berechnet sich prinzipiell aus dem Durchschnitt aller Einkommensunterschiede, der sich ergibt, wenn man jedes Mitglied einer Bevölkerung mit jedem anderen Mitglied vergleicht und aus den Ergebnissen den Mittelwert bildet. Für ein differenziertes Bild ist es sinnvoll, diese gesamte Ungleichheit danach aufzugliedern, in welchen Bereichen der Wirtschaft sie besteht.²⁰ Eine solche Unterteilung ermöglicht es etwa, Ungleichheit zwischen Berufsgruppen von Ungleichheit innerhalb von Berufsgruppen zu unterscheiden oder jenen Anteil der gesamten Ungleichheit zu schätzen, der durch die Altersverteilung bestimmt ist (die Einkommen ändern sich mit dem Alter). Entsprechendes gilt für alle anderen Faktoren, die einen Einfluss auf die Einkommensverteilung ausüben.

Untersucht man, wie weit Ungleichheit mit dem Beruf zusammenhängt, ist zunächst zwischen der Ungleichheit zwischen Berufsgruppen und der Ungleichheit innerhalb von Berufsgruppen zu unterscheiden, denn Berufsgruppen weisen praktisch immer auch in sich eine mehr oder weniger ausgeprägte Ungleichheit auf. Unterschiede zwischen den Berufsgruppen zeigen sich zunächst beim jeweiligen Anteil von Personen, die mehr als 1.200 Kronen im Jahr verdienten und daher Einkommensteuer zu zahlen hatten.²¹ Die entsprechenden Angaben gelten für Cisleithanien insgesamt. Demnach erreichten 1898 in der Landwirtschaft im Durchschnitt ungefähr drei Prozent der Selbständigen ein Einkommen von 1.200 Kronen, aber nur etwas mehr als ein Promille der Unselbständigen. In Bergbau und Industrie gaben 20 Prozent der Selbständigen und sieben Prozent der Unselbständigen eine Steuererklärung ab, in Handel und Verkehr ein Drittel der Selbständigen und ein Viertel der Unselbständigen. In einzelnen Branchen überschritten praktisch alle die Grenze von 1.200 Kronen, zum Beispiel im Geld-, Kredit- und Versicherungswesen,

19 Für Arbeitnehmer von gewerblichen Unternehmen stehen auch Daten aus der Pflichtunfallversicherung zur Verfügung. Vgl. u. a. RGL. 1/1888; RGL. 168/1894 sowie eine Reihe weiterer Bestimmungen.

20 PAMMER, Entwicklung und Ungleichheit, 198–201.

21 LEITER, Verteilung, 417–434.

aber auch im öffentlichen Dienst. Dass viele Selbständige ein Einkommen von unter 1.200 Kronen im Jahr angaben, liegt nicht nur an Verheimlichung und Hinterziehung, sondern auch daran, dass viele Kleinhäusler und Kleingewerbetreibende tatsächlich ein geringes Einkommen hatten.

Unter jenen, die in Niederösterreich im Jahr 1898 ein Einkommen von mindestens 1.200 Kronen erreichten, ragen einige wenige Gruppen hervor: Ein selbständiger Bergbauunternehmer verfügte über ein Jahreseinkommen von knapp 250.000 Kronen, selbständige Kreditunternehmer über 38.000 Kronen, Anwälte und Notare über 12.400 Kronen, Ärzte über 6.600 Kronen. Die Unterschiede zwischen den meisten sonstigen Wirtschaftszweigen waren gering: Selbständige in der Landwirtschaft sind mit durchschnittlich 3.800 Kronen veranschlagt, Selbständige in der gewerblichen Güterproduktion mit 4.300 Kronen, solche im Handel mit 4.400 Kronen, Tierärzte mit 3.400 Kronen. Innerhalb der letzteren Branchen findet man geringe Unterschiede zwischen Selbständigen und Angestellten und Einkommen von Arbeitern, die über 40 Prozent der Einkommen von Selbständigen erreichen mochten.

Zusammen ergibt sich aus der unterschiedlichen Quote von Einkommen unter der Steuerfreigrenze und den deklarierten Einkommen über dieser Grenze, dass die Landwirtschaft der einkommensschwächste Sektor war und die Ungleichheit innerhalb der Landwirtschaft verhältnismäßig schwach ausgeprägt war. Die Einkommen im Handel dürften im Durchschnitt über den Einkommen im Großteil des sekundären Sektors gelegen sein, und sowohl Handel als auch gewerbliche Güterproduktion waren in sich ungleicher strukturiert als die Landwirtschaft. Die höchsten Einkommen und die ausgeprägteste Ungleichheit wären im Bergbau, im Kreditwesen und in den Bildungsberufen zu finden.

Bei der Verteilung innerhalb der Landwirtschaft und beim Vergleich mit anderen Wirtschaftszweigen ist der erwähnte Umstand zu bedenken, dass ein beträchtlicher Teil der landwirtschaftlichen Produktion subsistenzwirtschaftlich verbraucht wurde. Praktisch galt für die Personen in einem landwirtschaftlichen Betrieb Folgendes: Die Betriebsinhaber (meist ein Ehepaar) hatten als Einkommen all das zu deklarieren, was sie vermarkteten und was sie selbst im Eigenverbrauch konsumierten. Der Eigenverbrauch von Kindern ohne eigenes Einkommen wurde prinzipiell ebenfalls dem Familieneinkommen zugerechnet, allerdings gab es dafür pauschale Abzüge. Das überwiegend naturale Einkommen von Kindern, die als Arbeiter im elterlichen Betrieb tätig waren, war dem Einkommen der Eltern zuzurechnen, wenn es der gemeinschaftlichen Haushaltung zufloss; ob dies so war, war letztlich unwichtig, da ein Freibetrag in Abzug zu bringen war, der bei Lohn im üblichen Ausmaß das ganze Einkommen der Kinder umfasste. Letztlich war das Einkommen der Kinder also bloß eine steuermindernde Betriebsausgabe für den Betriebsinhaber. Das Einkommen von sonstigen Bediensteten war für den Betriebsinhaber ebenfalls eine Betriebsausgabe; da es normalerweise 1.200 Kronen nicht erreichte, blieb es

ebenfalls steuerfrei. Einschränkend muss auch erwähnt werden, dass eine Anzahl von Großagrariern ihre Einkommen in Wien deklarierten und nicht dort, wo sich ihr landwirtschaftlicher Besitz befand (die landwirtschaftlichen Selbständigen in Wien gaben durchschnittlich ein Einkommen von 21.500 Kronen an).

Selbst unter der Annahme, dass die Einkommen in der Landwirtschaft unterschätzt wurden, ist der Agrarsektor im Vergleich mit anderen Sektoren und Branchen im Bereich der unteren Einkommen einzuordnen. Ähnlich niedrige Einkommen findet man in Niederösterreich etwa auch im Verkehrswesen. Die deklarierten Einkommen im kirchlichen Dienst lagen noch einmal deutlich unter jenen in der Landwirtschaft; allerdings ist zu bedenken, dass die Zurechnung von Einkommen zu (an sich vermögensunfähigen) Ordensleuten eventuell zu einer Unterschätzung führte. Noch wesentlich einkommensschwächer war die Personengruppe des „niedrigen Sanitätsdienstes“, womit insbesondere Hebammen gemeint sind, die von vornherein kaum über die Veranlagungsgrenze kamen.

Der synchrone Einkommensvergleich zwischen Niederösterreich und anderen Kronländern und zwischen niederösterreichischen Regionen in der Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg ergibt ein ähnliches Bild wie Untersuchungen über die Vermögensverteilung von ungefähr 1830 bis 1913. Es zeigt sich jeweils, dass die Verteilung von Einkommen und Vermögen im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung wahrscheinlich ungleicher wurde, dass also im Laufe der Zeit die Ungleichheit zunahm und dass zum gegebenen Zeitpunkt einkommensstärkere Gebiete eine ausgeprägtere Ungleichheit aufwiesen als rückständige Gebiete. Es gibt dabei zwar außerhalb Niederösterreichs die eine oder andere Ausnahme, Niederösterreich selbst ist aber ein gutes Beispiel für diese Annahme: ein hinsichtlich Pro-Kopf-Einkommen und sektoraler Struktur fortgeschrittenes Land, das ein vergleichsweise hohes Maß an Ungleichheit aufwies. Die Vermögensuntersuchungen legen nahe, dass um die Jahrhundertwende oder kurz davor die Ungleichheit ein Maximum erreichte und sich eine wenn auch nicht sonderlich starke ausgleichende Tendenz bemerkbar machte.

Der Grund für diesen Vorgang liegt zu einem großen Teil im sektoralen Wandel selbst und nicht nur in wachsenden Einkommensunterschieden etwa zwischen Branchen oder zwischen Selbständigen und Unselbständigen. Für eine Änderung im Niveau der gesamten Ungleichheit genügt es, dass sich die Anteile solcher Gruppen in der Bevölkerung verändern. Vieles an der wachsenden Ungleichheit im Laufe des 19. Jahrhunderts kam bloß dadurch zustande, dass die Landwirtschaft, die von jeher in sich eine verhältnismäßig ausgeglichene Verteilung hatte, in ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung abnahm, während die in sich verhältnismäßig ungleich strukturierten Wirtschaftszweige wie die Industrie und gewisse Teile des Dienstleistungssektors wuchsen. Durch die Änderung in den Anteilen der Sektoren an der gesamten Wirtschaft änderte sich auch das Gewicht der zwischen den Sektoren bestehenden Ungleichheit. Dadurch konnte die gesamte Ungleichheit auch dann zunehmen,

wenn sich beispielsweise der Unterschied zwischen dem Einkommen eines durchschnittlichen Unternehmers und jenem einer durchschnittlichen Industriearbeiterin nicht änderte. Ab einem gewissen Entwicklungsstand kehrte sich die Wirkung des sektoralen Wandels allerdings um, und zwar vor allem deshalb, weil der Anteil der Landwirtschaft nun auf ein so niedriges Niveau sank, dass sich die Unterschiede zwischen den Sektoren weniger auswirkten.²² Diesen Punkt erreichte Niederösterreich etwa um die Jahrhundertwende.

In den folgenden Jahrzehnten nach dem hier behandelten Zeitraum ging die seit Beginn des Jahrhunderts einsetzende Tendenz zu einer ausgeglicheneren Verteilung weiter. Der Grund war eine Fortsetzung des sektoralen Wandels, zuerst gemächlich, nach 1945 dann schnell, womit der ehemals dominierende Agrarsektor zum kleinsten Sektor wurde. Zusätzlich wirkten sich politische Maßnahmen im Sinne einer gezielten Umverteilung aus, ebenso besonders ab etwa 1950 die beständig zunehmende Partizipation an höherer Bildung, die unabhängig von den gerade herrschenden politischen Mehrheitsverhältnissen voranschritt. Um 1980 war Österreich dann eines der egalitärsten und zugleich einkommensstärksten Länder der Welt.²³

Michael Pammer, a. Univ.-Prof. Dr., Universitätsdozent für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Johannes Kepler Universität Linz; Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 18.–20. Jahrhunderts, darunter Massenreligiosität, Wirtschaftswachstum, Ungleichheit, Staatsfinanzen und Epidemiologie. Monographien: Entwicklung und Ungleichheit – Österreich im 19. Jahrhundert (2002); Jüdische Vermögen in Wien 1938 (2003); Interregional and Intraregional Wealth Inequality in Nineteenth Century Austria (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2013); Inequality in property incomes in nineteenth-century Austria (Journal of Income Distribution 2000).

22 Michael PAMMER, Inequality in Imperial Austria, 1911 = Working Papers in Economic and Social History 4 (2018) 4–6, online: https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/121/WP004_Michael_Pammer__Inequality_in_Imperial_Austria__1911.pdf (1.5.2020).

23 PAMMER, Entwicklung und Ungleichheit, 15.